

Stellungnahme der Fraktion FDP/ UWG Rheine zum Gesamtstellenplan und Haushaltsplan der Stadt Rheine 2026 sowie zur mittelfristigen Finanzplanung

Es gilt das gesprochene Wort

Einleitung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Mitglieder des Verwaltungsvorstands, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, geschätzte Vertreter der örtlichen Medien, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Ich möchte auf Wiederholungen dessen, was meine VorrednerInnen richtig vorgetragen haben, verzichten.

Die „Klagemauer“ über die „Verletzung des Konnexitätsprinzips“, kann ich getrost auslassen, weil sie zwar zurecht vermutlich in den Beiträgen der VorrednerInnen bedient worden ist, die jährliche Wiederholung dieses Lamentos aber keine Aussicht auf Veränderung bringt.

Ob sich eine vertiefte Beschäftigung mit den angekündigten Wohltaten aus dem Extraschuldenprogramm des Bundes lohnt -**die nennen das Sondervermögen**- bleibt abzuwarten. Es gibt dazu zwar einen Zuwendungsbescheid vom 29.01.2026 über 33, 4 Mio. € für Rheine – verteilt auf 12 Jahre- , aber es fehlen jegliche Informationen zu dieser Entscheidung und zu ihrer Umsetzung.

Fazit: Keine Mittelveranschlagung im Haushaltsplan 2026 möglich.

Ich möchte mich deshalb auf die wenigen Dingen konzentrieren, die uns hier vor Ort gestaltbar und beeinflussbar erscheinen.

Ausgangslage und Schlussfolgerungen:

Seit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs im September 2025 hat es Veränderungen gegeben, die das düstere Szenario -Rekorddefizit und massive Steuererhöhung ein wenig abgemildert haben. Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage ist von rund 14,4 Mio € auf rund 9,6 Mio € um rund 5 Mio € reduziert und das obwohl die ursprüngliche Erhöhung des Hebesatzes bei den Gewerbesteuern von 490 v.H auf 460 v.H , Grundsteuer B von 890 v.H auf jetzt 777 v.H. beschlossen werden und die ursprünglich geplante Einnahmeseite vermindert. Damit ist gegenüber der ursprünglichen Planung der Verwaltung auf politischen Druck hin eine relative Minderbelastung erreicht worden.

Die von der schwarz-grünen Koalition eingebrachten Anträge auf „Minderausgaben“ waren für FDP/UWG Rheine problemlos mitzutragen und finden ihren Niederschlag im heute zur Abstimmung vorgelegten HH-Plan 2026. Bei Licht betrachtet ist aber auch den Initiatoren dieses „Verschiebebahnhofs“ gewiss klar, dass es sich hierbei lediglich um eine durchaus anerkennenswerte Fleißarbeit handelt. Der insbesondere von den Grünen seit Jahren geforderte Weg „zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt“ (die meisten von uns haben Silke Friedrich mit diesem Satz noch im Ohr) ist damit **nicht** beschritten. Fragt man sich im Hinblick auf den Erhalt einer dauerhaften Handlungsfähigkeit ohne Haushaltssicherung, ob der HH der Stadt Rheine an einem **Einnahme- oder an einem Ausgabenproblem** leidet, dann ist für uns die Antwort klar. Die Einnahmeseite, im Wesentlichen gespeist durch Grund- und Gewerbesteuern, ist für uns mit diesem HH-Plan bis an die Grenze des Zumutbaren für BürgerInnen und Gewerbetreibende ausgereizt. Andere

Steuerquellen (z. B. der Anteil an der Einkommenssteuer) sind wesentlich abhängig von Beschäftigungsgrad und wirtschaftlicher Entwicklung. Dass angesichts von maßlosen und nicht einmal mittelfristig kalkulierbaren Zolltiraden des amerikanischen Präsidenten der Wirtschaftsstandort Deutschland zur Zeit keine nachhaltig positiven Entwicklungen erwarten lässt, ist kein Geheimnis. Die Kriege in Europa und im mittleren Osten und die damit verbundenen globalen wirtschaftlichen Verwerfungen sind ein böses Menetekel für die nächsten Monate, wenn nicht sogar Jahre. Der Wirtschaftsstandort Deutschland und damit auch Rheine ist in seiner Entwicklung, wenn nicht gar in seinem Bestand bedroht. Die ursprünglich geplante Erhöhung der Gewerbesteuer wäre für uns eine zusätzliche Belastung für das heimische Gewerbe, das Handwerk und die Industrie. Der Standort würde für Investoren ein weiteres Stück unattraktiver. Wir können daher die Betrachtungsweise derjenigen nicht teilen, die von der zulässigen oder gar gebotenen „Belastung der starken Schultern“ sprechen, wenn damit pauschal Handwerk, Gewerbe, und alle gemeint sind, die Gewerbesteuern zahlen.

Unsere Fraktion FDP-UWG Rheine hat sich in den vergangenen Wochen der HH-Plan-Beratungen insbesondere mit der Ausgabesituation unseres städtischen HHs beschäftigt. Ein gravierendes Defizit in der politischen Diskussion auf allen Ebenen ist erkennbar darin, dass zwar viele das Zauberwort „Bürokratieabbau“ inflationär verwenden und es als Voraussetzung verwenden für **Kostenminderung, Prozessbeschleunigung** und Voraussetzung dafür, **dass dann alles besser werde**, dass aber keine oder nur wenige konkrete Umsetzungen benannt werden.

Als ersten Aufschlag haben wir dazu den Antrag „Plausibilitätsprüfung“ eingebracht, in dem es vor allem darum geht, dem Bürokratieabbau eine konkrete Ausprägung zu geben. Wenn es uns gemeinsam gelingt, Prozessoptimierungen in die eingefahrenen Arbeitsabläufe zu implementieren, dann sehen wir eine große Chance, damit nicht nur Einsparungen zu erreichen und damit die Ausgaben zu reduzieren, sondern auch Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Wir wollen **vom Reden ins Handeln** kommen, wohl wissend, dass wir damit auf die Unterstützung aller Kolleginnen und Kollegen angewiesen sind, die diesen Schritt mitgehen können und wollen. An die TBR haben wir einen weiteren Prüfauftrag mit dem Ziel gerichtet, echte Einsparungen bei der Umsetzung des Grünpflegeplans zu ermitteln, die für den städtischen Haushalt eine Entlastung brächten. Wir haben damit einen Anfang gemacht, der in den nächsten Monaten weiter ausgebaut werden soll-auch hier nehmen wir gern die Unterstützung und die guten Ideen aller an, denen ein handlungsfähiges und liebenswertes Rheine ein Anliegen ist.

Investitionen

Der Spielraum für Investitionen ist begrenzt durch die Gesamtsituation des städtischen Haushalts. Trotz notwendiger Einsparungen müssen notwendige Investitionen weiter getätigt werden, weil damit Werte für morgen und künftige Generationen geschaffen werden. Wir sehen Prioritäten in den Bereichen Infrastruktur und Verkehr, Entwicklung der Innenstadt sowie der Bereiche, die unter dem Begriff „Dörfer“ Eingang in die Verwaltungssprache gefunden haben. Dabei ist es angesichts der Haushaltslage heute und in den schwierigen Folgejahren durchaus angebracht, auf Sicht zu fahren und keine überzogenen Erwartungen bei Bürgerinnen und Bürgern zu wecken. Überzogene

Versprechungen, die dann verspätet oder gar nicht umgesetzt werden könnten, wären Öl für das ohnehin schon lodernde Feuer der Politik- und Staatsverdrossenheit. Die entsprechenden Umfragen dazu kennt ihr alle.

Unverzichtbar sind weitere und kontinuierliche Investitionen in unsere Schulen und Bildungseinrichtungen. Durch Neubau und bauliche Erneuerung vieler Schulen ist hier in den vergangenen Jahren eine Entwicklung zu einer hochwertigen Schullandschaft in Gang gesetzt worden, die Resultate dürften so manche Kommune in anderen Teilen des Landes zu Bewunderung und Neid anregen. Weitere Investitionen, vor allem im Bereich der Digitalisierung bleiben eine permanente Aufgabe für die kommenden Jahre, Stillstand wäre wie so oft nichts anderes als Rückgang. Auch für diese Aufgabe setzen wir auf breite Unterstützung in diesem Rat.

Für die Fraktion FDP/UWG Rheine sage ich -mit den deutlich gewordenen „Bauchschmerzen“ die Zustimmung zu den Beschlussvorlagen 006/26 und 200/26 zu.

Mein Dank für die konstruktive Zusammenarbeit der zurückliegenden Wochen und Monate geht an die Mitglieder des Verwaltungsvorstands und alle beteiligten Mitarbeitenden der Verwaltung.

An alle Zuhörerinnen und Zuhörer in diesem Saal, an die Vertreter der Medien und nicht zuletzt an euch, liebe Kolleginnen und Kollegen geht mein abschließender Dank für die Geduld des Zuhörens.